

DGAW-Pressemitteilung

Abfallwirtschaft auf dem Weg zur Recyclingwirtschaft?

Das 18. Regionaltreffen West der DGAW fand dank der Gastfreundschaft der AVEA GmbH & Co. KG in Leverkusen statt. Zur Einführung stellte AVEA Geschäftsführer Hans-Jürgen Sprokamp die jüngsten Entwicklungen des Unternehmens dar. Dazu gehörte, dass spiegelbildlich zu der öffentlich-rechtlich organisierten AVEA eine privatrechtlich organisierte Reloga aufgestellt worden ist. Somit sei das Entsorgungsunternehmen, gleich wie sich die Abfallwirtschaft auf der Grundlage des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes entwickeln wird, in jeder Hinsicht handlungsfähig aufgestellt.

Nach der Einführung bestand Gelegenheit zur Besichtigung des MHKWs, das über eine neue leistungsfähige Turbine verfügt und somit die Energieeffizienzkriterien erfüllt, die an die rechtliche Einstufung als Verwertungsanlage gestellt werden. Die im Vergleich zu modernen Anlagen sehr aufwändige Abluftaufbereitung fiel den Teilnehmern besonders ins Auge. Viele geltende Grenzwerte werden von der Anlage weit unterschritten.

Der Unterzeichnete wies einleitend darauf hin, dass die DGAW sich in der äußerst kontroversen politischen Diskussion über die Organisation der Abfallwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere um die Zuständigkeit für die Wertstofftonne durch öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder private Unternehmen, nicht beteiligt hat, sondern andere durch den Gesetzentwurf aufgeworfene Fachfragen in den Vordergrund gestellt hat. Dazu gehört auch die Recyclingquote. Frau Sylvia Lehmann, die den kurzfristig verhinderten Präsidenten der DGAW, Herrn Thomas Obermeier, vertreten hat, stellte mit ihrem Beitrag heraus, wie wenig aussagekräftig die von dem Technical Advisors Committee (TAC) vorgeschlagenen Methoden zur Kalkulation der Recyclingquote sind. Aufgrund der bisherigen statistischen Erhebungen seien jedenfalls nur die Input-Mengen in bestimmte Recyclingverfahren berücksichtigt worden, jedoch nicht die nach Durchlaufen des Verwertungsverfahrens anfallenden Fraktionen verwertbarer und nicht weiter verwertbarer Materialien. Bei realistischer Betrachtung müssten deswegen bisherige statistische Angaben zum Recycling sämtlicher Siedlungsabfälle, einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen von 63 % für R2- bis R13-Verfahren unter Berücksichtigung der verwertbaren Outputmengen, auf 31 % korrigiert werden. Im Verhältnis dazu würden sich die politisch begründeten Anforderungen an eine

erhöhte Recyclingquote in der Bundesrepublik Deutschland als langfristig nicht erreichbar darstellen.

In dem weiteren Beitrag stellte das Vorstandsmitglied der DGAW, Herr Dr. Hanshelmut Itzel, aus Sicht eines Industrieunternehmens dar, welche Bedeutung die Recyclingwirtschaft für die Beschaffung von Rohstoffen in der Industrie hat. Dazu konnte er auf seine Erfahrungen bei der Merck KGaA zurückgreifen. Insbesondere wurde in dem Beitrag deutlich, dass mit der Verwertung von Abfällen und den daraus gewonnenen Sekundärrohstoffen lediglich ein unbedeutender Anteil der für industrielle Produktionsprozesse erforderlichen Rohstoffe gedeckt werden kann. Es wurde aufgezeigt, dass nur in ganz wenigen Bereichen die Kreislaufwirtschaft durch das Wiedergewinnen von Sekundärrohstoffen aus Abfallverwertungsmaßnahmen einen wesentlichen Teil des Rohstoffbedarfs für den jeweiligen Produktionsprozess zur Verfügung zu stellen vermag. Beispielhaft konnte auf die Eisen- und Stahlindustrie verwiesen werden. Ausnahmsweise ließe sich die Anstrengung, Sekundärrohstoffe aus Abfällen zu gewinnen, in solchen Bereichen rechtfertigen, bei denen sich in absehbarer Zeit der Primärrohstoff hinsichtlich seines Vorkommens erschöpfen würde und auch nicht durch andere Stoffe ersetzt werden könnte. Herr Dr. Itzel wies vor allem auf Phosphat hin und die noch unzureichenden wissenschaftlichen Anstrengungen, unter ökonomisch vertretbaren Bedingungen, aus Klärschlammaschen Phosphat zurück zu gewinnen.

Geradezu desillusionierend wurde vorgestellt, welche Stoffe sich mit welchen wirtschaftlichen Werten in einem Bestand von 70 Millionen Althandys antreffen lassen würden. Dabei wurde allerdings deutlich gemacht, dass die Verteilung dieser Handys über den Erdball, deren Erfassung und Aufbereitung von kleinsten Anteilen an Metallen wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen wäre. Deswegen sind Recyclinganstrengungen nicht in allen Bereichen gleichermaßen volkswirtschaftlich als sinnvoll zu erachten.

Mit der DGAW sollte darauf hingewirkt werden, dass Recyclingmaßnahmen in solchen Bereichen mit Nachdruck verfolgt werden, die sich ökologisch und ökonomisch als sinnvoll erweisen. In jedem Fall kann die Recyclingwirtschaft nur einen weniger bedeutenden als allgemein eingeschätzten Beitrag zur Rohstoffwirtschaft leisten.

Bedauerlich war lediglich, dass die interessanten Beiträge von nur wenigen Teilnehmern, von diesen allerdings mit großem Interesse aufgenommen wurden.

gez. Prof. Dr. W. Klett-185/92-WK/L-D8883